

„Freiheit, Demokratie und Menschenrechte im Iran“ Kundgebung in Essen, 16. 1. 2010

Redebeitrag Juliane Pilz DFG-VK, Essener Friedens-Forum

Ich freue mich und betrachte es als eine Ehre, dass ich auf der Kundgebung der Iraner in Essen sprechen kann.

Ganz besonders freut mich als deutsche und alte Frau, dass sich im Iran und in der iranischen Exilgemeinde so viele Frauen zu Wort melden. Mit ihrem Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte und politischen Freiheiten gehören sie zur „Avantgarde“ der Reformbewegung. Wir Deutschen wissen aus eigener Erfahrung, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an notwendigen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen nur in Jahrzehnte dauernden und zähen Auseinandersetzungen durchzusetzen ist - selbst dann, wenn sie schon längst in der Verfassung verankert ist.

Die Freiheiten und Rechte, die Immigrantinnen und Immigranten heute bei uns wert schätzen, müssen auch in westlichen Staaten immer wieder neu erkämpft werden.

Vor allem aber müssen sie immer wieder neu buchstabiert und definiert werden.

Wenn wir das Wort Freiheit wirklich ernst nehmen und nicht nur als Sonderprivileg genießen oder auch dulden wollen, dann stehen die westlichen, wie alle anderen Kulturen vor vielen Herausforderungen und Fragen.

Im Zeitalter des globalisierten Klimawandels und der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln lassen sie sich aber auf eine Kernfrage zuspitzen:

Können wir weiter hinnehmen, dass die Mächtigen sich die Freiheit nehmen, Krieg und gewalttätige Konfliktlösung als ihre Befreiungstheologie predigen und praktizieren? Die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts und die drohende Gefahr einer atomaren Katastrophe erfordern ein unbedingtes und mutiges Nein. Gerade Frauen dürfen sich nicht länger vor die Karren der vielen Männerkriege um Rohstoffe, Absatzmärkte und die Aufteilung der Welt in feindliche Einflusssphären spannen und spannen lassen!

Solidarität mit den Forderungen der Opposition

Doch heute haben wir uns hier versammelt, um unsere Verbundenheit und Solidarität mit den verfolgten Menschen im Iran kund zu tun.

Wir protestieren gemeinsam gegen das unmenschliche, auch die Regeln des Islam verletzende Vorgehen der iranischen Staatsmacht gegen die Opposition der grünen Bewegung, die sich im Sommer 2009 aufgrund der manipulierten Wahlen im Iran gebildet hat.

Wir unterstützen eure Forderungen

- nach Abschaffung von Repression und Tötung auf offener Straße,
- nach Freilassung aller politischen Gefangenen
- und nach der Umsetzung der internationalen Menschenrechtserklärung, die auch der Iran unterschrieben hat.

Anlass für die in den letzten Wochen neu aufgeflamten Proteste der Iraner ist die blutige Niederschlagung der Opposition am Aschura-Tag Ende Dezember.

Dieser Tag ist bei Schiiten dem öffentlichen Gedenken an den Märtyrertod Hosseins, dem Enkel des Propheten Mohammed, gewidmet und schließt die Aufforderung an die Gläubigen ein, Ungerechtigkeit und Machtmissbrauch nicht zu dulden.

Mit der mörderischen Niederschlagung der auch im islamischen Recht legalen Demonstrationen hat sich das herrschende Regime im Iran um jegliche Glaubwürdigkeit gebracht.

Schärfste Zensur und Abschottung nach außen verhindern, dass wir genaue Zahlen und Daten über die gewaltsame Niederschlagung der Proteste bekommen. Doch die Amnesty- Berichte über die vielen Toten, Verhafteten und entführte Menschen sind erschreckend und empörend.

Die Isolierung der Protestbewegung im Innern des Iran und nach Außen birgt die große Gefahr, dass die Menschen alle Hoffnung auf eine mögliche Veränderung verlieren. Von uns sollen sie wenigstens wissen, dass wir ihre Forderungen nach rechtsstaatlicher Aufklärung und Demokratisierung, nach Abschaffung von Folter, willkürlicher Verhaftung und Entführung teilen.

Zu befürchten ist aber auch, dass die pluralistische, grüne Bewegung mit ihren unterschiedlichen Erwartungen an Veränderung im Iran sich zersplittert und in ihren Forderungen und Protestmethoden radikalisiert. Damit wäre die notwendige Basis in der Bevölkerung verloren, ehe sie überhaupt gewonnen ist.

Wir können nur hoffen,

- dass die neue Bewegung trotz Terror, Repression und propagandistischer Verteufelung stark bleibt;
- dass sie sich nicht von innen oder außen auseinander treiben lässt;
- dass sie sich nicht zu Gegengewalt provozieren oder hinreißen lässt.
- und sich nicht durch falsche Hoffnungen auf Hilfe von außen instrumentalisieren lässt.

Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts und die Gegenwart kennen zu viele Beispiele, in denen Verzweiflung, Hass, Ohnmacht und Radikalisierung legitimen Widerstand spalten und schwächen. In aller Regel folgen auf ein solches Vakuum politische Einmischung und militärische Interventionen von außen. Alle Tragödien unserer Tage - von den Golfkriegen über Somalia, Sudan, Irak, Afghanistan usw. sollten uns als warnende Beispiele vor Augen stehen.

Pulverfass Naher und Mittlerer Osten

Für die Friedensbewegung bedeutet das, den inner- iranische Konflikt nicht nur aus der Perspektive unterschiedlicher verfolgter Oppositionskräfte im Iran zu sehen. Obgleich wir uns mit den Forderungen der Opposition und dieser heutigen Veranstaltung solidarisieren, dürfen wir die komplexe Gewalt- und Konfliktkonstellation in der Region und die Rolle der westlichen Politik nicht aus den Augen verlieren.

In allen Konflikten im Nahen und Mittleren Osten ging es den USA und ihren Verbündeten in allererster Linie darum, einen (meist lang geplanten) Regimewechsel herbei zu zwingen, um ihre Einflusssphären zu sichern und zu erweitern.

Als Barack Obama im letzten Jahr mit seinen großen außenpolitischen Reden in Berlin, Kairo und Prag die Hoffnung auf einen grundlegenden Politikwechsel hin zu friedlicher Konfliktlösung weckte, haben viele daran geglaubt. Als gewähltem Präsidenten der USA wurde ihm zugetraut, die Luntten am Pulverfass Naher und Mittlerer Osten austreten zu können.

Heute müssen auch die größten Optimisten zugeben, dass sie die Macht des ersten demokratisch gewählten schwarzen Präsidenten in der weißen und freien Welt überschätzt haben.

- Der **palästinensisch-israelische Konflikt** ruht auch nach dem verheerenden Gazakrieg und der Wahl Obamas in den Schubladen der USA, Europas und der deutschen Regierung. Bis heute nützt der Westen nicht einmal seine Möglichkeiten, um dem menschlichen Elend im abgeriegelten Gazastreifen ein Ende zu machen. Die völkerrechtswidrigen Besiedelung und Besetzung des Westjordanlandes geht ungebrochen weiter. Die bewundernswerte Solidarität israelischer und westlicher Friedenskräfte mit den Menschen und zivilgesellschaftlichen Gruppen in den palästinensischen Gebieten kann die Zersetzung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen nicht aufhalten.

- Der Krieg gegen den Terror **in Afghanistan** ist auf pakistanisches Gebiet ausgeweitet worden und soll weiter hochgefahren werden. Obgleich alle ihren Abzug ankündigen und vollziehen, gibt es keine Deeskalationsstrategie. Das Reden von Verhandlungen mit „gemäßigten“ Taliban bleibt Makulatur - nicht zuletzt, weil niemand weiß oder wissen will, wer „Taliban“ und wer „gemäßigt“ ist.

- Dem **Iran** werden statt substantieller Verhandlungen über eine gerechte Lösung des Atomkonfliktes Ultimaten gesetzt und schärfere Sanktionen angedroht. Sowohl das Pentagon als auch die israelische Armee verkünden ganz offen, dass Angriffspläne mit „vielfältigen Möglichkeiten“ ausgearbeitet auf dem Tisch liegen.

Wie vor dem Irakkrieg 2003 behaupten Politiker und Militärs ohne überzeugende Beweise und im Widerspruch zur Internationalen Atomenergiebehörde, er stehe kurz vor dem Besitz von Atomsprengköpfen.

Die antisemitisch gefärbte, aggressive außenpolitische Rhetorik Ahmadinejads (die unbegreiflicherweise von linken Staatsführern in Lateinamerika unter dem Schlagwort „Antiimperialismus“ übernommen wird) trägt das Ihre dazu bei, die Konfliktkonstellation im und um den Nahen und Mittleren Osten zu verschärfen.

Menschenrechte und Krieg

So sehr wir die Missachtung und Verachtung für die Menschenrechte in diesen und anderen Staaten bedauern und kritisieren, so wenig können wir einen Regimewechsel von außen mit Macht und Gewalt dulden. Der Preis ist Chaos, zerfallende Staaten oder dauerhaftes Protektorat. Das kann sich niemand der Betroffenen wünschen.

Unsere Aufgabe ist es, der Dämonisierung des Islam ein differenziertes Bild der Wirklichkeit entgegen zu setzen und Alternativen im Sinne eines gerechten Friedens zu fördern und zu unterstützen. Eine solche Alternative für den Nahen und Mittleren Osten ist z.B. das Projekt einer Konferenz für Gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft aus der Region. Die Idee wurde vor 2 Jahren in Essen zum ersten Mal beim Essener Friedens-Forum vorgestellt. Heute gewinnt sie an Fahrt. Wichtige Politiker und Experten aus Deutschland und anderen westlichen Ländern unterstützen den Plan. Auch wir werden in Zukunft dazu beitragen, dass er eine größere Öffentlichkeit bekommt.

Juliane Pilz